

Conscience and Peace Tax International (CPTI)

Rundbrief Nummer 2

6 Februar 2009

Verweigerung aus Gewissensgründen und die Verfahrensweise der weltweiten regelmäßigen Kontrollen [zur Aufrechterhaltung der Menschenrechte - Übersetzerin]

Derek Brett arbeitet aktiv mit an der Ausarbeitung der weltweiten regelmäßigen Kontrollverfahrensweisen des Rats für Menschenrechte der Vereinten Nationen. Derek ist der CPTI Bevollmächtigte bei den Vereinten Nationen in Genf, Schweiz, und hier folgt sein gekürzter Bericht über die letzte Sitzungsperiode.

Derek schreibt:

Ich verbrachte die ersten zwei Wochen im Dezember damit, die "Dritte Sitzungsperiode der weltweiten regelmäßigen Kontrollen des Rats für Menschenrechte" anzuhören, und ich bin tief beeindruckt.

Diese regelmäßige Kontrolle (UPR in ihren englischen Initialen Universal Periodic Review) ist der eine Aspekt des neuen Rats für Menschenrechte, der total anders ist als alles, was sein Vorgänger, die alte Kommission für Menschenrechte, je unternahm. Unter ihrer Obhut müssen alle 192 Mitglieder der Vereinten Nationen alle vier Jahre berichten und sich ausfragen lassen, was sie zum Thema Menschenrechte unternehmen. Das klingt großartig, aber natürlich werden die Einzelheiten von Vertretern der Regierungen ausgehandelt, von denen manche sich große Mühe geben, sicher zu stellen, dass all dies schön ordentlich unter der Kontrolle der Mitgliedsstaaten bleibt. NGOs wie CPTI dürfen in den Ausschusssitzungen nicht mitreden; nur andere Regierungen dürfen Fragen stellen und Vorschläge machen. Das ganze basiert auf freiwilliger Zusammenarbeit: der jeweilige Staat, der gerade unter die Lupe genommen wird, hat das letzte Wort in Bezug darauf, ob etwaige Vorschläge angenommen werden oder nicht. Auf's Ganze gesehen scheinen der UPR schon bei der Geburt so ziemlich alle Zähne gezogen worden zu sein.

Während der ersten beiden Sitzungsperioden des Ausschusses war ich nicht in Genf, und ich glaube nicht, dass ich viel verpasst habe. Aber vorigen Juni, während der Vollversammlung des Rats, wo die Berichte ratifiziert wurden, bemerkte ich, dass die Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen sowohl mit der Republik Korea als auch mit Finnland aufgegriffen worden war. Vielleicht war die UPR zur Zeit die beste Methode, dies Problem vor den Rat zu bringen.

Obwohl NGOs nicht direkt an UPR Sitzungen teilnehmen, dürfen sie, sieben Monate im Voraus, eine 5-seitige Eingebung an einen Staat richten, der gerade berichtet. All solche Eingebungen werden dann vom Sekretariat in einem 10-seitigen Dokument zusammengefasst, welches - zusammen mit dem Bericht, den das Land selbst liefert, und einer Zusammenfassung der Informationen der Vereinten Nationen - das Rohmaterial darstellt, auf dem die Untersuchung fußt. Die Entscheidung, welche sechzehn Staaten in jeder der zwölf Sitzungsperioden der ersten Runde untersucht worden würden, war durch eine komplizierte Lotterie gefällt worden. Der Zufall wollte es, dass im Rahmen der dritten Sitzungsperiode fünf Länder (Kolumbien, Israel, Serbien, Turkmenistan und Usbekistan) im Rampenlicht standen, wo Verweigerer des Kriegsdienstes mit der Waffe zur Zeit auf extreme Schwierigkeiten stoßen, und deshalb unterbreitete ich, im Namen von CPTI, Berichte über diese fünf.

Die Wirkung dieser Eingaben überstieg meine kühnsten Hoffnungen. Alle fünf CPTI-Berichte wurden wörtlich in der Zusammenfassung zitiert. Außer in Bezug auf Turkmenistan war unsere Eingabe die einzige gewesen, die sich mit der Verweigerung aus Gewissensgründen beschäftigte. In allen fünf Fällen führte sie dazu, dass Fragen gestellt wurden und Vorschläge im Ausschuss gemacht wurden.

Ich habe hier nicht den Platz, alle Einzelheiten zu berichten. Glücklicherweise gibt es eine Internetseite (www.UPR-info.org), wo man alle Dokumente einsehen und sogar Filme über die gesamten Sitzungen anschauen kann. Kopien von unseren CPTI Eingaben werden bald auf unserer Webseite erscheinen (www.cpti.ws).

Obwohl es sehr ermutigend und erfreulich war, zu sehen, was unsere Eingaben ausrichten konnten - am allermeisten war ich vom der allgemeinen Arbeitsweise beeindruckt. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich noch nie so konkret mit den Tatsachen - im Unterschied zu den hohen Reden - der Menschenrechte befasst, und mit so wenig Rücksicht auf geopolitische Probleme, die so oft jegliche Diskussion der Menschenrechte untergraben haben - was natürlich nirgends mehr der Fall ist als mit jeder Frage, die Israel betrifft.

Israel war einer der Staaten, der in dieser Sitzungsperiode zu berichten hatte. Es besteht kein Zweifel, dass dies eine der strengsten Prüfungen für die neue Verfahrensweise sein würde, und es war eine Prüfung, in der sie sich ehrenhaft bewährte. Ja, natürlich benutzen besonders die arabischen Staaten ihre Eingaben, um nicht nur Israel wegen seiner Verletzungen der Menschenrechte in den besetzten Gebieten zur Rede zu stellen, sondern auch, um die Legalität der Besetzung überhaupt in Frage zu stellen, und für deren Ende zu plädieren. Die Eingabe von Kanada war jedoch viel, viel tiefschürfender in ihrer sorgfältigen Analyse der Verletzungen der Menschenrechte und der ins Einzelne gehenden Liste von Vorschlägen. In der Abwesenheit der USA hat es Kanada übernommen, als Hauptverteidiger von Israel im Rat für Menschenrechte aufzutreten - es verlangt fast automatisch, dass über jede Resolution, die Israel kritisiert, abgestimmt wird und gibt dann die einzige Gegenstimme ab, wie zuletzt in der Sondersitzung im Januar über Gaza. Und etwas nie Dagewesenes: die UPR beschäftigte sich auch mit Verletzungen der Menschenrechte von israelischen Juden, einschließlich - wegen der CPTI Eingabe - denen von jungen Verweigerern und Verweigerinnen aus Gewissensgründen, die immer wieder zu neuen Haftstrafen in Militärgefängnissen verurteilt werden.

Israel ist ein winziges Land, etwa so groß wie der USA Staat Massachusetts (aber wesentlich dichter besiedelt). Es war jedoch größer als viele der anderen, die Bericht erstatteten. Dadurch, dass der Reihe nach jeder einzelne der 192 Mitgliedsstaaten der VN unter die Lupe genommen wird, werden wir an die Staaten erinnert, von denen wir sonst selten hören, und es wird klar gemacht, wie viele davon es gibt. Die Sitzungsperiode begann mit Botswana, das, obwohl seine Ausdehnung größer ist als die von Frankreich, weniger als zwei Millionen Einwohner hat. Die Bahama Inseln, Bermuda, Luxemburg und Montenegro haben Bevölkerungen je unter einer Million und entsprechend kleine Flächen. Die Bevölkerung von Liechtenstein zählt nur 35 000, und die leben auf 160 Quadratkilometern. Am Ende der ersten Woche rechnete ich aus, dass die zehn Staaten, von denen wir gehört hatten, zusammen ein Gebiet und eine Bevölkerungszahl hatten, die kleiner war als die von Kolumbien, das in der zweiten Woche berichtete.

Kolumbien, ein viel reicheres Land, konnte sich natürlich viel glanzvoller darstellen. Es gab große Stapel von Dokumentationen in teurem Druck und in drei Sprachen - einschließlich einer Broschüre darüber, wie das Militär von Kolumbien die Menschenrechte fördert, indem es Untergrundkämpfer umbringt. (Es war der Abordnung etwas peinlich, dass es sich kürzlich herausgestellt hat, dass eine Anzahl der Leichen, die die Armee in entlegenen Landesteilen vorgeführt hatte, die von obdachlosen Jugendlichen waren, die in den Straßen von Bogotá zusammen getrieben worden waren.) Viele Staaten brachten mit Kolumbien das Thema der Sicherheit von Menschen, die die Menschenrechte verteidigten, zur Sprache, und die Gefahren, die sich daraus ergeben, dass alle, die möglicherweise als Kritiker der Regierungspolitik angesehen werden könnten (z. B. Verweigerer aus Gewissensgründen) als Unterstützer des andauernden bewaffneten Aufstands angesehen werden können. Als ob er diesen Punkt noch unterstreichen wollte, erklärte der Sprecher vom Verteidigungsministerium, dass die Aufgabe der Armee immer schwieriger würde, weil die Feinde, die sie fest zu nehmen versucht, immer seltener Leute mit Waffen seien, sondern Menschen, die sich so unter die allgemeine

Bevölkerung mischten, dass sie von dieser nicht zu unterscheiden seien.

Die vierzehn Tage gingen in ausgesprochen erfreulicher Weise mit Tuvalu zu Ende, dessen etwa 12 000 Einwohner auf 26 Quadratkilometern (die sich aus einem Inselarchipel zusammen addieren) leben und deren höchster - namenloser - Gipfel sich etwa sechs Meter über den Meeresspiegel erhebt. Der größere Teil des Nationaleinkommens kommt aus Webseiten, die auf .tv enden. Selbst in der Generalversammlung sind die Plätze, die für Tuvalu reserviert sind, meistens leer; es sollte mich nicht wundern, wenn dies das erste Mal war, dass seine Vertreter bei den VN in Genf gesichtet wurden.

Tuvalu äußerte sein Erstaunen, dass es nach Folter gefragt wurde; die einzige Form der Folter, die dort in die Praxis umgesetzt wird, ist das regelmäßige Schlachten von Schweinen für Festmähler, vor allem gerade zur Jahreszeit dieser Sitzung. Etwas ernster: eine Woche, nachdem die neue Regierung der Maldiven davon gesprochen hat, dass sie erwäge, ein neues Heimatland zu kaufen, betonte Tuvalu, das als allererstes unter den Ozeanwellen verschwinden würde, dass sein vorrangiges Thema das Recht und die Möglichkeit sei, auf seinen eigenen Inseln leben zu können. Hier sahen wir vielleicht, wie das kleinste der Mitglieder der VN das größte angriff. Unter den regionalen Partnern, denen Tuvalu seinen Dank aussprach, war "Die Republik China, Taiwan". Obwohl, wie unvermeidbar, China dies als unzulässig rügte, weigerte sich Tuvalu, den Hinweis zurück zu nehmen. Schließlich, während draußen der nasse Schnee von einem durchdringenden Wind um den Völkerbundspalast gewirbelt wurde, wurde uns alle fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr gewünscht, und wir wurden ermutigt, Tuvalu zu besuchen, um die Lage vor Ort zu besichtigen - vor allem die unterstellten Vergehen gegen die Konvention gegen die Folter!